

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Drucksachen 11/2450, 11/2723 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Berichterstatter Abgeordneter Champignon SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem 42. Landesjugendplan - wird mit den sich aus dem Bericht ergebenden Änderungen angenommen:

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 9. und 16. Oktober und 27. November 1991 den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 42. Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	11/723
des Landes Nordrhein-Westfalen	11/757
	11/865

Als Zuschriften sind eingegangen :

Krankenhausgesellschaft NW, Düsseldorf	11/58
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen	11/1106

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 27. November 1991 über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU und DIE GRÜNEN sowie über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 sowie den 42. Landesjugendplan - ab.

Der Sprecher der Fraktion der F.D.P. erklärte zu Beginn der Abschlußberatung, das Resümee aus dem Verfahren der Haushaltsberatungen für das Jahr 1991 und jetzt sei für seine Fraktion, sich an diesem "Scheinverfahren" nicht zu beteiligen und darauf zu verzichten, Anträge zu stellen. Die Fraktion der F.D.P. sei der Auffassung, daß eine Grundsanierung des Haushalts notwendig sei.

Der Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN erklärte, seine Fraktion habe einen Alternativhaushalt entwickelt, der Umschichtungen im gesamten Haushaltsplan vorsehe und einen Umverteilungsspielraum von über 2 Milliarden DM, im Einzelplan 07 von 350 Mio DM eröffne.

Das Ergebnis der Aussprache über die Änderungsanträge der Fraktionen ist aus dem Ausschußprotokoll 11/418 ersichtlich.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen -, Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - und den 42. Landesjugendplan unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN an.

Champignon
Vorsitzender

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
zum Einzelplan 07**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	Grüne	<p>Einrichtung einer Dienststelle "Schwulen- und Lesbenreferat" im Personalhaushalt Epl 07 500 000 DM mit einem Ansatz von</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Aufgabe des Referats ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung lesbischer Frauen und schwuler Männer in Staat, Gesellschaft und in der Arbeitswelt, in Kultur, Wissenschaft und Bildung. Ziel seiner Arbeit ist die Akzeptanz lesbischer und schwuler Lebensweisen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die personelle Ausstattung des Schwulen- und Lesbenreferats erfolgt durch Schaffung von 6 zusätzlichen Planstellen. Die Besetzung erfolgt geschlechterparitätisch. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Die gesellschaftliche Situation Homosexueller hat sich durch die Arbeit der Lesben- und Schwulenbewegungen in den letzten Jahren positiv verändert. Dennoch sind Schwule und Lesben weiterhin in zahlreichen Rechtsbereichen wie auch im Alltagsleben empfindlichen Diskriminierungen ausgesetzt. Nordrhein-Westfalen hat im Gegensatz zu anderen Bundesländern bislang deutliche Initiativen zum Abbau gesellschaftlicher Vorurteile gegenüber Homosexualität und zur Förderung schwul-lesbischer Emanzipation vermissen lassen. Das Lesben- und Schwulenreferat soll die Erscheinungsformen der Diskriminierung Homosexueller aufzeigen und eine aktive</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 1	Grüne	<p>Antidiskriminierungspolitik auf Landesebene entwickeln. Das soll geschehen durch Förderung von Forschungsarbeit über die gesellschaftliche Lage von Lesben und Schwulen sowie die Ursachen und Erscheinungsformen von Homosexuellenfeindlichkeit, durch Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen zur Bildung und Fortbildung. Das Referat soll durch sachgerechte Information und Aufklärung gegen gesellschaftliche Vorurteile angehen und die soziale Akzeptanz schwuler und lesbischer Lebensweisen vorantreiben. Gleichzeitig soll das Referat die Emanzipation von Lesben und Schwulen in NW fördern, u.a. durch Unterstützung von Emanzipationsprojekten und Einrichtungen von Modellprogrammen.</p>	
2	SPD	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 10 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 80 000 DM auf 2 380 000 DM</p> <p>Begründung: Die zur Abdeckung der Personalkosten erfolgte Kürzung des Sachkostensatzes führt dazu, daß bestimmte Arbeitsbereiche zurückgeführt werden müßten. So müßte z.B. bei Standardberatungen die Zusammenarbeit mit externen Beratern eingeschränkt werden und die G.I.B. wäre nicht in der Lage, den zusätzlichen Beratungsbedarf, der sich durch mehrere neue EG-Programme ergibt, zu befriedigen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
3	Grüne	<p>Kapitel 07 020 TG 60, 72, 73 Titel 893 64, 684 67, 684 71, 684 76, 684 81</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die veranschlagten Mittel werden bei neu beginnenden Maßnahmen so ausgegeben, daß sichergestellt ist, daß sie Frauen und Mädchen gemäß ihrem landesweiten Anteil an der jeweils betroffenen Gruppe der auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten zugute kommen. Die betreffenden Fördergrundsätze und Richtlinien werden entsprechend modifiziert. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Die Erwerbslosigkeit von Mädchen liegt überall höher als die von Jungen. Frauen sind häufiger als häufiger ohne abgesicherte Erwerbsarbeit als Männer. Bezieht man die Zahl der als arbeitslos registrierten Frauen auf ihren Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung, fällt ihre Benachteiligung besonders stark ins Auge. Trotzdem kommen weibliche Erwerbslose seltener in den Genuß beschäftigungsfördernder und qualifizierender Maßnahmen als Männer. Finanzielle Mittel, mit deren Hilfe die Benachteiligung von Frauen und Mädchen bekämpft werden kann, sind u.a. in den o.g. Landesprogrammen vorgesehen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	Grüne	<p>Kapitel 07 020 TG 60 Titel 684 60 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 4 000 000 DM auf 16 770 000 DM</p> <p>Begründung: Der Bedarf an sozialen Einrichtungen für ausländische ArbeitnehmerInnen ist gestiegen. Angesichts zunehmender rassistischer Tendenzen in der deutschen Wohnbevölkerung sind Angebote zur sozialen Eingliederung bei gleichzeitiger Förderung der kulturellen Selbstbestimmung für ausländische ArbeitnehmerInnen von großer Bedeutung. Mittelstützungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind unvertretbar, eine bedarfsgerechte Aufstockung ist geboten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
5	SPD	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 60 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 700 000 DM auf 13 470 000 DM</p> <p>Begründung: Erhöhung erfolgt zur Sicherstellung und Beibehaltung der bisher durchgeführten Maßnahmen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
6	SPD	<p>Einrichtung einer neuen TG 63 bei Kapitel 07 020 mit einem Ansatz von 1 000 000 DM und einer Verpflichtungsermächtigung (VE) von 300 000 DM (siehe Anlage 1)</p> <p>Begründung: Die sich ausweitende Ausländerfeindlichkeit muß intensiv bekämpft werden. Dies erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Mittel. Die haushaltsmäßige Darstellung der Titelgruppe 63 ist der beiliegenden Anlage zu entnehmen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	Grüne	<p>Kapitel 07 020 TG 72 UT 1 Erhöhung des Ansatz</p> <p>um 5 000 000 DM von 64 300 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Aus den veranschlagten Mitteln werden die Fördersätze für über 25-Jährige für TeilnehmerInnen des ASH-Programms auf 1 500 DM aufgestockt. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Die bestehende Regelung sieht für unter 25-Jährige einen Förderansatz von 1 500 DM vor, für über 25-Jährige dagegen nur eine Leistung von 1 040 DM. Für SozialhilfeempfängerInnen mit Kindern ist daher mit einem ASH-Arbeitsverhältnis oft eine finanzielle Schlechterstellung gegenüber den Sozialhilfebezug verbunden. Zwar wird gemäß der Richtlinien i.d.R. eine tarifliche Vergütung gezahlt. Doch wird dies dadurch kompensiert, daß die Stundenzahl an die verfügbaren ASH-Mittel angepaßt wird. Die auf diese Weise oftmals ausgewiesenen 20-Stunden-Stellen können dann im Effekt den notwendigen Lebensunterhalt kaum sichern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
8	SPD	<p>Kapitel 07 020 TG 72 UT 1 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 2 500 000 DM auf 104 400 000 DM</p> <p>und einer Erhöhung der VE</p> <p>um 12 500 000 DM auf 82 100 000 DM</p> <p>Begründung: Obwohl die allgemeine Arbeitslosigkeit auch in NRW erheblich zurückgegangen ist, hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit inzwischen immer mehr verfestigt. Nach wie vor sind rd. 200 000 Arbeitnehmer ein Jahr und länger arbeitslos. Viele der langfristig Arbeitslosen haben keinen Anspruch auf Geldleistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld) und beziehen Sozialhilfe. Rd. 40 v.H. der Sozialhilfeempfänger geben als Grund für den Leistungsbezug Arbeitslosigkeit an. Für diese eröffnet das Landesprogramm oftmals die einzige Chance zur beruflichen Wiedereingliederung. Aus diesem Grunde ist es dringend erforderlich, die Zahl der Förderfälle von 2 400 wieder auf 3 000 anzuheben (wie von 1984 bis 1989).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Unterteils 4 bei Kapitel 07 020 TG 72 "4. Landeszuschüsse für AB-Maßnahmen außerhalb von § 96 AFG" mit einem Ansatz von 18 000 000 DM</p> <p>Begründung: Angesichts anhaltender Massen- und Langzeiterwerbslosigkeit in NW ist eine Aufstockung der Haushaltsmittel sinnvoll. AB-Maßnahmen sind zur Lösung des Problems der Erwerbslosigkeit strukturell ungeeignet und können vor allem nach der letzten AG-Novelle auch nicht annähernd für alle Betroffenen bereitgestellt werden. Dennoch kann in keiner Weise darauf verzichtet werden, solange nicht wirkungsvollere arbeitsmarktpolitische Instrumentarien verfügbar sind. Soweit es die haushaltspolitischen Möglichkeiten zulassen, muß das Land hier in sozialer Verantwortung gegensteuern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
10	Grüne	<p>Kapitel 07 020 TG 73 Erhöhung des Ansatzes um 3 000 000 DM</p> <p>Begründung: Angesichts der anhaltend hohen Massenerwerbslosigkeit in NW bei gleichzeitiger Verfestigung der Langzeiterwerbslosigkeit sowie zu erwartenden Arbeitsplatzverlusten, vor allem in der Montanindustrie, ist die Entwicklung zukunftsorientierter sozial-ökologischer Projekte einer aktiven und präventiven Arbeitsmarktpolitik unverzichtbar. Eine Aufstockung der Mittel gerade in diesem Schlüsselbereich ist dringend geboten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
11	Grüne	<p>Einrichtung neuer Zweckbestimmungen bei Kapitel 07 020 TG 90</p> <p>"Personalkosten des Projektträgers SoTech" "Sachkosten des Projektträgers SoTech" "Sonstige Kosten des Projektträgers SoTech"</p> <p>Der Ansatz und die VE werden entsprechend verteilt.</p> <p>Begründung: Sowohl das Haushaltsgrundsatzgesetz als auch die LHO postulieren für die Aufstellung des Landeshaushalts die Grundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit. Da in der TG 90 bisher lediglich eine Zweckbestimmung vollkommen undifferenziert und ohne jegliche Erläuterung den Ansatz für das gesamte Programm "Mensch und Technik - Sozialverträgliche Technikgestaltung" ausweist, ist es notwendig, der gesetzlichen Grundlage durch die Differenzierung der einzelnen Kostenarten zu entsprechen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	Grüne	<p>Kapitel 07 020 TG 90 Erhöhung der VE um auf 4 000 000 DM 7 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die Mittel dienen der Fortführung des Programms "Mensch und Technik - Sozialverträgliche Technikgestaltung", wobei schwerpunktmäßig spezifische auf bisherigen Projektergebnissen basierende Auswertungs- und Umsetzungsinitiativen gefördert werden sollen. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Das Programm "Mensch und Technik- Sozialverträgliche Technikgestaltung" setzt sich mit den vielfältigen Problemen der Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen auseinander. Zu diesem Zweck hat das Programm die Aufgabe, für die Vorbereitung und Durchführung mehrjähriger Projekte zu sorgen. Eine Fortführung sowie ein Ausbau des Programms sind sinnvoll, deshalb ist es nicht einsehbar, daß die VE im Entwurf 1992 nicht erhöht werden soll und sogar noch deutlich unter dem Ansatz von 1991 liegt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 020 "Sofortprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit" mit einem Ansatz von 60 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Besonders benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt - Frauen, die eine Erwerbstätigkeit länger als ein Jahr unterbrochen haben, Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung, die länger als 6 Monate erwerbslos sind und Langzeitarbeitslose - sind berechtigt, an dieser arbeitsmarktpolitischen Maßnahme, die Arbeits- und Qualifizierungsanteile kombiniert, teilzunehmen. Die Förderungsdauer beträgt in der Regel drei Jahre. Eine Verlängerung ist möglich. Die Förderungshöhe ergibt sich aus der tariflichen Bezahlung des Arbeitsanteils und einem Unterhaltsgeld für den Ausbildungsteil in gleicher Höhe. Soweit 3- und 4-Bereichen bedroht sind, können sie aus diesem Titel weitergefördert werden. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Für besonders benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, denen auch bei den bereits bestehenden Qualifizierungsangeboten der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt nach wie vor versperrt bleibt, müssen Beschäftigungsangebote gekoppelt mit Qualifizierungsmaßnahmen geschaffen werden. Angesichts weiterer Produktivitätssteigerungen und Rationalisierungsschübe, der anhaltenden Ost-West-Binnenmigration sowie vor dem Hintergrund potentieller Konjunkturreinbrüche erscheint eine relevante Entlastung des Arbeitsmarktes, die zum nachteiligen Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit führt, in den nächsten Jahren mehr als unwahrscheinlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 020 "Berufbildungszentrum für Frauen" 2 000 000 DM mit einem Ansatz von</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die Mittel dieses Titels werden zweckgebunden für ein Berufsbildungszentrum für Frauen in einer Region mit hoher Frauenerwerbslosigkeit eingesetzt. Aufgabe dieses Zentrums ist die Koordination von Berufsbildungsaktivitäten für Frauen, die Erarbeitung umfassender Konzeptionen der Berufsbildung für Frauen und das Anbieten geeigneter Bildungsmaßnahmen.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung:</p> <p>Berufsbildung für Frauen ist derzeit Aufgabe unterschiedlicher Institutionen, deren Aktivitäten selten koordiniert werden. Eine aktive Einflußnahme auf die Berufsbildung von Frauen gelingt fast ausschließlich männerdominierten Institutionen. Insbesondere sind die "Frau und Beruf"-Beratungsstellen kaum in der Lage, gestaltenden Einfluß auf die örtliche berufliche Bildung auszuüben. Im Land gibt es innerhalb der beruflichen Bildung die verschiedensten Weiter- und Fortbildungsträger, die große Unterschiede aufweisen. Die Angebote kommen mehrheitlich Männern zugute. Ein Berufsbildungszentrum soll eigene Maßnahmen durchführen, Werkstätten bereitstellen, die Berufsbildung für Frauen im Land koordinieren und ihr zu einer verbesserten Planung und Einflußnahme verhelfen. Gesetzesinitiativen müssen die Errichtung eines solchen Zentrums begleiten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 "Zuschüsse an landesweit tätige Organisationen der Schwulen- und Lesbenemanzipation und -selbsthilfe" 800 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die Zuschüsse gehen zu gleichen Teilen an das Schwule Netzwerk Nordrhein-Westfalen e.V. (i.G.) und an den Nordrhein-Westfälischen Schwulenverband e.V. (SVD-NRW). Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Schwule sind in der Gesellschaft von zahlreichen Diskriminierungen betroffen. Den landesweit tätigen Organisationen kommt daher eine wichtige Funktion zu- Sie sind Anlaufstellen für Rat- und Informationssuchende zum Thema Homosexualität. Gleichzeitig dient ihre Aufklärungsarbeit dem Abbau gesellschaftlicher Diskriminierungen. Von der Landesregierung wurden auch für 1992 keine Mittel für Schwule bzw. ihre Organisationen in den Haushalt eingestellt; NW hinkt somit der Entwicklung in anderen Bundesländern hinterher.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
16	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 "Förderung von Modellprojekten zur Bekämpfung der Gewalt gegen Homosexuelle" 800 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die Zuschüsse gehen an Projekte, die modellhaft für Nordrhein-Westfalen im Bereich der Bekämpfung antischwuler Gewalt tätig sind. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Gewalt gegen Schwule wird immer stärker als gravierendes Gewaltphänomen in der Gesellschaft erkennbar. Bis vor wenigen Jahren war dieser Problembereich sowohl auf seiten der Opfer als auch von seiten staatlicher Institutionen stark tabuisiert. Daher befinden sich geeignete Strategien zur gesellschaftlichen Gewaltprävention noch in der Erprobungsphase. Das Land ist hier aufgerufen, entsprechende modellhafte Projekte zu fördern. Zu nennen ist insbesondere das Kölner Modell "Bekämpfung Opfer antischwuler Gewalt".</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 "Zuschüsse an Kommunen zur Einführung von "Teilhabepässen" für Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen" mit einem Ansatz von 30 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Mit diesen Mitteln werden kommunale "Teilhabepässe", die Erwerbslosen und Sozialhilfeabhängigen die ermäßigte und/oder kostenlose Nutzung des örtlichen ÖPNV und öffentlicher Kultur- und Freizeiteinrichtungen ermöglichen, i.d.R. bis zu 50 v.H. der Gesamtkosten gefördert. Kommunen und Kreise, deren Anteil an EmpfängerInnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. an Erwerbslose um mehr als 20 v.H. über dem Landesdurchschnitt liegt, werden mit 60 v.H. der Gesamtkosten bezuschußt. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Einkommen von SH-EmpfängerInnen wie auch vieler Erwerbsloser liegt unter oder an der Armutsschwelle. Die Nutzung kommunaler und öffentlicher Einrichtungen und Angebote ist für diesen Personenkreis oft aus finanziellen Gründen nicht oder nur mit Einsparungen bei anderen Bereichen möglich. Kommunale Teilhabepässe können mithelfen, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern und einer Ausgrenzung und Stigmatisierung der Betroffenen entgegenzuwirken. Einige Kommunen bieten diese Leistungen bereits an. Eine Beteiligung des Landes trägt dazu bei, die flächendeckende Ausbreitung anzuregen und die bestehenden Angebote auch langfristig abzusichern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
18	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 "Modellprojekt unabhängige Sozialhilfeberatung" mit einem Ansatz von 5 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Mit den veranschlagten Mitteln werden im Rahmen eines 3jährigen Modellprogramms mindestens 20 Sozialhilfeberatungsstellen mit je zwei Fachkräften zuzüglich eines Sachkoordinatoransatzes gefördert. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Das BSHG sieht eine unabhängige Beratung von LeistungsempfängerInnen vor, die vielerorts derzeit nicht gewährleistet ist. Eine Förderung freier Sozialhilfeberatungsstellen soll eine entsprechende Beratung sichern. Über das Modellprogramm sollen einerseits bereits tätige freie Beratungsstellen, die in der Regel völlig unzureichend abgesichert sind, unterstützt, und andererseits an Orten, wo bislang kein entsprechendes Beratungsangebot besteht, ein solches aufgebaut werden. Mittelfristiges Ziel ist der Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur unabhängiger SH-Beratungsstellen in NW. Das Modellprojekt soll aussagefähige empirische Hinweise und Aufschlüsse über die dabei zu berücksichtigenden Probleme geben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
19	SPD	<p>Kapitel 07 040 Titel 684 12</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 25 000 DM</p> <p>auf 550 000 DM</p> <p>Begründung: Die Vergrößerung der Nutzfläche der Blindenhörbücherei NRW, Münster, hat zu einer Steigerung der Betriebs- und Personalkosten geführt, die nicht mehr allein durch Einsparungsmaßnahmen des Trägers aufgefangen werden können. Die Aufstockung des Haushaltsansatzes ist daher dringend erforderlich.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20	Grüne	<p>Kapitel 07 040 TG 90 Titel 684 90 Erhöhung des Ansatzes um 900 000 DM</p> <p>Die Erläuterungen werden wie folgt geändert:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Förderung der Altersselbsthilfe 500 000 DM 2. Verleihung eines Altenpreises der Landesregierung 200 000 DM 3. Erholungsmaßnahmen für alte Menschen 7 700 000 DM <p>Insgesamt: 8 400 000 DM</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich. *. Begründung: Aus dem Haushaltstitel werden Selbstorganisationen älterer Menschen gefördert, die überregional tätig sind. Die Betätigung soll überwiegend außerhalb der traditionellen Verbände der sozialen Arbeit liegen. Gefördert werden Projekte und die laufende Arbeit von Selbstorganisationen, deren Arbeit neben möglicher Freizeitgestaltung auf die soziale Integration älterer Menschen sowie die Unterstützung bei der Sicherung eines selbstbestimmten Lebens auch im Alter ausgerichtet ist.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>Grüne ja</p>
21	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 91 "Komplementärförderung für Einrichtungen der ambulanten Altenhilfe" mit einem Ansatz von 20 000 000 DM</p> <p>Begründung: Die Landesförderung für ambulante Hilfen ist unzureichend und muß beim bestehenden Förderschlüssel 1 : 5 000 als völlig überholt angesehen werden. Zwar soll der Schlüssel in den kommenden Jahren auf 1 : 2 500 angehoben werden (1992 auf 1 : 3 500), die veranschlagten Haushaltsmittel werden hierfür allerdings nicht ausreichen. Neben einer quantitativen Erweiterung des Angebots müssen allerdings auch inhaltliche Anforderungen zum Teil neu gesteckt werden. Während bislang überwiegend Behandlungs- und zu einem geringen Teil auch Grundpflege gewährt wird, erfordert die zunehmende Zahl hochaltriger Menschen insbesondere auch eine Weiterentwicklung der Aufgaben ambulanter Dienste. Über den neuen Titel ist eine entsprechende Erweiterung des Angebots zu fördern. Hierbei sind Bereiche zu unterstützen, die bislang nicht über andere Kostenträger abgesichert sind (u.a. ambulante psychiatrische Pflege, mobile Betreuung, unterstützende Angebote für pflegende Angehörige, Hilfen zum häuslichen Wirtschaften, Sterbebegleitung). Neben entsprechenden Leistungen bei Sozialstationen sind insbesondere Angebote ambulanter Pflegevereine und von Vereinen Betroffener zu fördern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
22	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040</p> <p>"Förderung neuer Wohn- und Betreuungsformen in der Altenhilfe"</p> <p>mit einem Ansatz von 15 000 000 DM und einer VE von 15 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Aus den veranschlagten Mitteln werden Darlehen für investive Maßnahmen an Wohngruppen vergeben. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Durch investive Hilfen soll das Land modelhafte Formen gemeinschaftlichen Wohnens alter Menschen unter sich und zusammen mit jungen Menschen in Wohn- und Hausgemeinschaften fördern, auch im Zuge von Neubaumaßnahmen oder Umbau im Bestand. Der Bedarf an neuen Wohn- und Betreuungsformen alter Menschen wie auch generationenübergreifenden Wohnens steigt. Der Wunsch alter Menschen nach selbstbestimmter Lebensführung bleibt in den überkommenden Altenhilfekonzepten weitgehend unberücksichtigt, die Unterstützung häuslicher Pflege ist in der Regel nicht auf das Ziel einer grundsätzlichen Vermeidung der Heimunterbringung gerichtet. Statt der zunehmenden Errichtung weiterer großstationärer Einrichtungen muß im Sinne einer Sicherung der Selbstbestimmung im Alter und bei Pflegebedürftigkeit eine Palette differenzierter, auf unterschiedliche Wohn- und Lebenssituationen ausgerichteter Angebote geschaffen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
23	CDU	<p>Einrichtung eines neuen Unterteils 10 bei Kapitel 07 040</p> <p>TG 91</p> <p>"Ausbau der familienlastenden Dienste"</p> <p>mit einem Ansatz von 10 000 000 DM</p> <p>Begründung: Die Arbeit der familienlastenden Dienste muß in NRW flächendeckend gefördert werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
24	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Unterteils 10 bei Kapitel 07 040</p> <p>TG 91</p> <p>"Förderung mobiler sozialer Dienste" mit einem Ansatz von 3 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Pro ambulanten Dienst werden 40 000 DM jährlich als Regie-kostenförderung gezahlt. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung:</p> <p>Ambulante und mobile soziale Dienste erhalten bislang keinerlei Förderung durch das Land. Der starke Anstieg der Nachfrage nach ambulanten Hilfen, besonders Anforderungen an ein Leistungsspektrum, das Sozialstationen in einem bedarfsgerechten Umfang bislang nicht anbieten, macht es erforderlich, daß auch ambulante und mobile Dienste eine öffentliche Förderung erhalten. Besonders gefördert werden sollten Pflegeinitiativen und aus Selbstorganisationen heraus entstandene Pflegevereine. Die Betätigung soll außerhalb der traditionellen Verbände der sozialen Arbeit liegen. Gefördert werden Projekte und die laufende Arbeit von Selbstorganisationen, deren Arbeit neben möglicher Freizeitgestaltung auf die soziale Integration sowie die Unterstützung bei der Sicherung eines selbstbestimmten Lebens auch im Alter ausgerichtet ist (z.B. "Graue Panther", Landesseniorenrat).</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU Enth.</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
25	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 92 "Umgestaltung von Altenpflegeheimen zu Einrichtungen neuer Wohn- und Betreuungsformen" mit einem Ansatz von 10 000 000 DM und einer VE von 10 000 000 DM</p> <p>Begründung: Die Unterbringung in stationären Einrichtungen der Altenhilfe entspricht in der Regel aufgrund der räumlichen Voraussetzungen und der personellen Gegebenheiten nicht den Lebensgewohnheiten alter Menschen und den Anforderungen an ein menschenwürdiges Leben im Alter. Der Personalnotstand verhindert zudem eine aktivierende und rehabilitierende Pflege. Die räumlichen Gegebenheiten tragen oft zu einer Ghettosituation und einer reinen Verwahrpfle bei. Die Wahrung der Intimsphäre der HeimbewohnerInnen, die Möglichkeit des Rückzugs in die "eigenen" Räumlichkeiten ist zumeist nicht möglich. Über diesen Titel soll insbesondere der Aufbau von räumlich abgegrenzten Wohn- und Pflegegruppen bis zu ca. 8 Personen sowie die gemeindenahere Einrichtung von betreuten Wohngruppen - besonders demente oder psychisch kranke alte Menschen - gefördert werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
26	Grüne	<p>Kapitel 07 040 TG 92 Titel 853 92 und 863 92 erhalten folgende Erläuterung:</p> <p>"Es sollten vorrangig Einrichtungen gefördert werden, die neue Konzepte in der Altenhilfe berücksichtigen. Hierzu gehören u.a. folgende Kriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stadtteilorientierung (u.a. Öffnung der Einrichtung für das Gemeinwesen) - Einrichtung mit max. 40 Plätzen - Aufbau von Verbundsystemen - Betreute Wohngruppen - Einzelzimmer und individuelle Wohnbereiche - Abkehr von der Funktionspflege hin zu einer ganzheitlichen Wohngruppenpflege - aktivierende und rehabilitierende Pflege <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Die Landesregierung muß die Qualität der Pflege und die Bedürfnisse der alten Menschen stärker in den Vordergrund der Altenhilfeplanungen stellen. Dies muß auch bei der Ausweisung der Haushaltsmittel zum Ausdruck kommen. Die großen stationären Einrichtungen entsprechen nicht den lebensnahen Gewohnheiten und Bedürfnissen der betroffenen Menschen. Im Bereich der stationären Pflege sollten nur noch Einrichtungen gefördert werden, die den individuellen Bedürfnissen alter Menschen eher gerecht werden und von ihrem Konzept her dazu beitragen können, die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen der BewohnerInnen zu erhalten bzw. zurückzugewinnen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
27	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 92 "Darlehen an kommunale und freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Tagespflegeeinrichtungen der Altenhilfe" mit einem Ansatz von 25 000 000 DM und einer VE von 25 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Aus den veranschlagten Mitteln werden an kommunale und freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Tagespflegeeinrichtungen der Altenhilfe Darlehen von 50 v.H. der förderungsfähigen Kosten gewährt, maximal bis zu einer Höhe von 70 000 DM pro Tagespflegeplatz. Gefördert werden Tagespflegehäuser, die im Verbund mit ambulanten Diensten tätig sind. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Die zunehmenden Anforderungen an ambulante Dienste bezüglich zeit- und pflegeintensiver Hilfen erfordern eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Tagespflegeangeboten. Der Verbund ambulanter Hilfen mit Tagespflegeangeboten bildet ein Gesamtkonzept, das pflegebedürftigen Menschen ein Leben im gewohnten Umfeld sichern kann. Das Tagespflegeangebot ist in NW mit rd. 250 Plätzen verschwindend gering und spiegelt den Bedeutungszuwachs im Hinblick auf die Sicherung eines Lebens außerhalb von Heimen in keiner Weise wider. Auf der Grundlage des Entwurfs zum 2. Landesaltenplan müßten jährlich mehr als 1 000 zusätzliche Tagespflegeplätze eingerichtet werden, wofür der Haushaltsplanentwurf keine ausreichenden Gelder vorsieht. Die Bedarfsschätzungen werden zudem mittel- und langfristig als viel eingestuft. Eine bedarfsgerechte Förderung erfordert einen eigenen Titel; dafür spricht auch, daß Tagespflege als stadtteilbezogene Einrichtung in Kooperation mit ambulanten Hilfen ein der Heimerbringung gegenläufiges Konzept verfolgt und schließlich der Bedeutungsgewinn der Tagespflege als Förderschwerpunkt in der Altenhilfe.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
28	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 92</p> <p>"Darlehen an kommunale und freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen für Kurzzeitpflegeeinrichtungen der Altenhilfe" mit einem Ansatz von 15 000 000 DM und einer VE von 5 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Aus den veranschlagten Mitteln werden Darlehen an kommunale und freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Kurzzeitpflegeeinrichtungen der Altenhilfe bis z 50 v.H. der förderungsfähigen Kosten, max. bis zu 70 000 DM pro Platz, gewährt. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Zur Entlastung der pflegenden Angehörigen sowie zur Rehabilitation der Pflegebedürftigen ist ein bedarfsgerechter Ausbau der Kurzzeitpflegeangebote notwendig. Das bestehende Angebot in NW entspricht dem Bedarf in keiner Weise. Beim erforderlichen Ausbau der Kurzzeitpflegeeinrichtungen, wie auch der Tagespflegeangeboten, muß auch räumlich der Eindruck vermieden werden, es handele sich lediglich um Vorstufen einer stationären Unterbringung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
29	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 92</p> <p>"Zuwendungen und Zuschüsse für Kurzzeit- und Tagespflegeplätze der Altenhilfe" mit einem Ansatz von 3 000 000 DM und einer VE von 2 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Mit den veranschlagten Mitteln wird die Erstaussstattung von Kurzzeitpflegeplätzen bis zum Höchstbetrag von 4 000 DM und von Tagespflegeplätzen bis zum Höchstbetrag von 3 000 DM pro Platz gefördert. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Die bereits bestehenden Zuschüsse für die Erstaussstattung von Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen sind völlig unzureichend. Im Zuge der Neugestaltung eines Förderungsschwerpunktes Altenhilfe erscheint die Einrichtung eines gesonderten Titels sinnvoll.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
30	SPD	<p>Kapitel 07 040 Titelgruppe 93 Kürzung der VE</p> <p>um 483 000 DM auf 18 717 000 DM</p> <p>Begründung: Reduzierung erfolgt zur haushaltsmäßigen Deckung der VE-Aufstockung für Zuschüsse für Maßnahmen zur Gewinnung von Krankenpflegekräften (Kapitel 07 080 Titel 685 40).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. nein Grüne nein</p>
31	CDU	<p>Kapitel 07 060 Titel 643 10 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 320 000 DM auf 375 000 DM</p> <p>Begründung: Einsparungen durch Verkürzung der Verfahrensdauer und Verringerung der unberechtigten Zuwanderung unter Inanspruchnahme des Asylrechts</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne nein</p>
32	CDU	<p>Einrichtung eines neuen Titels 643 60 bei Kapitel 07 060 "Erstattung von Einmalhilfen lt. BSHG für Asylbewerber an die Gemeinden" mit einem Ansatz von 70 000 000 DM</p> <p>Begründung: Das Land muß die Gemeinden bei ihrer Verpflichtung zur Zahlung der Einmalhilfen nach BSHG für die Asylbewerber durch entsprechende Ausgleichszahlungen unterstützen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne Enth.</p>
33	CDU	<p>Kapitel 07 060 Titel 684 12 Kürzung des Ansatzes um</p> <p>auf 120 000 DM Kürzung der VE um 0 DM auf 40 000 DM auf 0 DM</p> <p>Begründung: Auslaufen wegen der Einstellung von Förderungen der mitteldeutschen Vereinigen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne Enth.</p>
34	Grüne	<p>Kapitel 07 060 Titel 684 13 Kürzung des Ansatzes um</p> <p>auf 130 000 DM 0 DM</p> <p>Begründung: Die hier eingeparteten Mittel werden zugunsten der Förderung des Flüchtlingsrats NRW umverteilt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
35	CDU	<p>Einrichtung eines neuen Titels 684 22 bei Kapitel 07 060 "Einrichtung einer Dauerausstellung "Kultur und Geschichte der Rußlanddeutschen" in Detmold mit einem Ansatz von 30 000 DM</p> <p>Begründung: Vermittlung des Schicksals der Rußlanddeutschen und Bewahrung ihrer Kultur.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. nein Grüne nein</p>
36	Grüne	<p>Kapitel 07 060 Titel 684 30 Kürzung des Ansatzes um 285 000 DM auf 0 DM</p> <p>Begründung: Die ursprünglich hier veranschlagten Mittel werden umverteilt zugunsten der Förderung des Flüchtlingsrats NRW.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
37	Grüne	<p>Kapitel 07 060 TG 62 Titel 526 62 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 5 000 000 DM auf 5 900 000 DM</p> <p>Erhöhung der VE</p> <p>um 2 900 000 DM auf 3 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Mehr zum Zwecke der Durchführung einer Aufklärungs- und Informationskampagne "Gegen Fremdenfeindlichkeit - Asylrecht ist Menschenrecht". Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Dem durch eine anhaltende realitätsfremde Kampagne verursachten Sinken der Akzeptanz des Asylrechts und der in Verbindung damit gewachsenen Fremden- und Ausländerfeindlichkeit muß unverzüglich durch eine öffentliche Aufklärungs- und Informationskampagne begegnet werden. Dazu werden vorrangig geeignete Initiativen und Projekte unabhängiger Verbände, Organisationen und Initiativen gefördert.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
38	Grüne	<p>Kapitel 07 060 TG 70 Titel 643 70 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 25 000 000 DM auf 123 000 000 DM</p> <p>Begründung: Mehr wegen des Nachholbedarfs bei Instandhaltung und Ausstattung von Übergangsheimen zur Sicherung einer menschenwürdigen Unterbringung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
39	Grüne	<p>Kapitel 07 060 TG 70 Titel 883 70 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 50 000 000 DM auf 214 020 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die veranschlagten Mittel dienen zur Errichtung und erstmaligen Einrichtung von Übergangsheimen bis zu einer Größe von je 40 Plätzen zur dezentralen Erstunterbringung von Aussiedlern und Asylsuchenden. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Die verstärkte Schaffung von Möglichkeiten zur dezentralen Unterbringung von Aussiedlern und Asylsuchenden ist unerlässlich wegen des steigenden Bedarfs und des integrationsfördernden Charakters der dezentralen Unterbringung. Daher ist auch die Förderung gezielt auf Objekte bis zu der genannten Obergrenze zu richten, um der Tendenz zu großen Sammelunterkünften entgegenzuwirken.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
40	CDU	<p>Einrichtung einer neuen Titelgruppe 72 bei Kapitel 07 060 "Bekämpfung von Fluchtursachen insbesondere in den osteuropäischen Ländern" mit einem Ansatz von 100 000 000 DM</p> <p>Begründung: Verbesserung der Lebenssituation der Menschen, insbesondere in den osteuropäischen Ländern zur Verhinderung der Armuts- wanderung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne nein</p>

	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
41	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Beratungsstellen für Asylsuchende" 10 000 000 DM mit einem Ansatz von</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die veranschlagten Mittel dienen dem Aufbau eines Netzes wohnortnaher unabhängiger Beratungsstellen zur Beratung und Betreuung von Asylsuchenden im Asylverfahren. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Durch das beschleunigte Verfahren bei den Zentralen Anlaufstellen (ZAST) wurde die Rechtsstellung der Asylsuchenden im Verfahren weiter geschwächt. Durch den Aufbau eines Netzes unabhängiger Asylberatungsstellen ist dieser Tendenz entgegenzuwirken. Vorrangig ist die Errichtung solcher Beratungsstellen an den ZAST-Standorten. Die übrigen Stellen werden entsprechend regionaler Verteilungsschwerpunkte von Asylsuchenden dezentral eingerichtet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
42	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderung von Sprachkursen für Asylsuchende" 15 000 000 DM mit einem Ansatz von 5 000 000 DM und einer VE von</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die veranschlagten Mittel dienen der Finanzierung eines differenzierten Angebots von Sprachkursen für Asylsuchende, um die grundlegenden Voraussetzungen für ein selbständiges Leben in der Gesellschaft und die Teilnahme an Angeboten zur beruflichen und sozialen Integration zu schaffen bzw. zu verbessern. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache bei Asylsuchenden führen zur Verstärkung von Problemen im Umgang mit Behörden, bei der Vorbereitung und Durchführung des Asylverfahrens, bei der Orientierung in der zunächst völlig fremden Umgebung. Die Möglichkeiten alltäglicher Kommunikation und Kontaktpflege mit der einheimischen Bevölkerung sind eingeschränkt, schulische und berufliche Integration erschwert. Um Kommunikationsergebnisse abzubauen und durch Förderung transnationaler Sozialkontakte der Ausländerfeindlichkeit in Teilen der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken, ist der bedarfsgerechte Aufbau einer Infrastruktur von Sprachkurs-Angeboten für Asylsuchende unerlässlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
43	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Ausbildungsprogramm für de-facto-Flüchtlinge" mit einem Ansatz von 10 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die veranschlagten Mittel dienen der Sicherstellung von Angeboten zur beruflichen Erstausbildung und beruflichen Qualifizierung für de-facto-Flüchtlinge. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: De-facto-Flüchtlinge verfügen selbst im Vergleich zu anerkannten Asylsuchenden über unzureichende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Da jedoch der Aufenthalt von de-facto-Flüchtlingen oft über viele Jahre andauert, muß zum Zweck der sozialen und beruflichen Integration der Zugang zu Regelangeboten der Aus- und Weiterbildung ermöglicht bzw. ersatzweise ein ergänzendes Angebot geschaffen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
44	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderung von Angeboten zur psychosozialen Betreuung Asylsuchender" mit einem Ansatz von 2 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die veranschlagten Mittel dienen dem Ausbau der psychosozialen Zentren Köln und Düsseldorf sowie der Schaffung ergänzender dezentraler Angebote im Hinblick auf die psychosoziale Betreuung von Asylsuchenden. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Asylsuchende kommen nicht selten vor dem Hintergrund eines psychisch schwer verarbeitbaren Verfolgungsschicksals. Dazu kommen die vielfältigen Belastungen durch das neue Leben in einer zunächst völlig fremden Umgebung mit anderen ethischen und kulturellen Normen. Um schädigende psychosoziale Folgen zu vermeiden oder abzubauen, sind entsprechende Beratungsangebote aufzubauen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
45	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderprogramme für alleinstehende asylsuchende Jugendliche"</p> <p>mit einem Ansatz von 3 500 000 DM 2 000 000 DM VE von</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die veranschlagten Mittel dienen dem Aufbau gezielter sozialer und psychosozialer Hilfen für alleinstehende asylsuchende Kinder und Jugendliche. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: In den letzten Jahren hat sich die Zahl alleinstehender asylsuchender Kinder und Jugendlicher, die ohne Begleitung durch wenigstens ein Elternteil in die BRD kommen, erhöht. Oft handelt es sich um Jugendliche aus Kriegs- und Katastrophengebieten, deren Eltern die Fluchtkosten für sich selbst nicht aufbringen konnten. Die Situation der "Fluchtwaisen" ist im Vergleich zu erwachsenen Asylsuchenden oder Jugendlichen in Begleitung von Eltern besonders prekär. Um dem entgegenzuwirken, sind gezielte Hilfs- und Förderangebote aufzubauen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
46	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Zuschüsse für Nachhilfeunterricht für Kinder von Asylsuchenden"</p> <p>mit einem Ansatz von 1 000 000 DM</p> <p>Begründung: Zum Ausgleich struktureller Nachteile von Kindern von Asylsuchenden bei der Integration in Regelschulen sind entsprechende Nachhilfeangebote bereitzustellen, die den schulischen Erfolg fördern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
47	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Zuschüsse an den Flüchtlingsrat NRW"</p> <p>mit einem Ansatz von 500 000 DM 100 000 DM VE von</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Veranschlagt sind die Zuschüsse des Landes an den Flüchtlingsrat NRW zu den Kosten für Organisation (Miete, Porto, Telefon, Büromaterial) und Öffentlichkeitsarbeit (Erstellung von Druckerzeugnissen, Durchführung von Tagungen, etc.). Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 47	Grüne	<p>Begründung: Angesichts der akuten Bedrohung der Akzeptanz des Asylrechts ist der unverzichtbare Wert der Arbeit des Flüchtlingsrats NRW und der ihm verbundenen Initiativen und Vereine der Flüchtlingshilfe deutlich hervorzuheben. Diese fast ausschließlich ehrenamtliche geführte Arbeit verdient die Anerkennung und Unterstützung des Landes, das im Hinblick auf Wiederherstellung und Erhalt der Akzeptanz für eine solidarische Flüchtlingspolitik nach innen und außen auf solche "non-government"-Aktivitäten und Strukturen angewiesen ist.</p>	
48	CDU	<p>Kapitel 07 070 TG 61 Titel 893 61 Erhöhung des Ansatzes um 22 700 000 DM auf 388 400 000 DM Begründung: Nachholbedarf bei der Pauschalförderung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne Enth.</p>
49	SPD	<p>Kapitel 07 070 Titel 684 62 Kürzung des Ansatzes um 3 220 000 DM auf 36 780 000 DM Begründung: Reduzierung erfolgt zur haushaltsmäßigen Deckung der Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit (Kapitel 07 020 Titelgruppe 63 - neu -) sowie zur Aufstockung des Haushaltsansatzes für Zuschüsse für Maßnahmen zur Gewinnung von Krankenpflegekräften (Kapitel 07 080 Titel 685 40), für Zuschüsse an den Landesverband AIDS-Hilfe NRW e.V. (Kapitel 07 080 Titel 684 64), für Zuschüsse zur Unterstützung der Selbsthilfe und Sterbebegleitung (Kapitel 07 080 Titel 684 81) und Zuschüsse zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer (Kapitel 07 020 Titel 684 60).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. nein Grüne nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
50	SPD	<p>Kapitel 07 080 Titel 685 40 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 470 200 DM auf 575 200 DM</p> <p>Erhöhung der VE</p> <p>um 483 000 DM auf 483 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Maßnahmen finanziert werden, die dazu dienen, das Berufsbild "Krankenschwester" oder "Krankenpfleger" in allen Fragen attraktiver zu gestalten.</p> <p>Begründung: Aus der Haushaltsstelle soll zusätzlich eine Arbeitsgruppe finanziert werden, die als Informationsvermittler zwischen Verbänden und Krankenhäusern zur Umsetzung der Vorschläge der 3. Landespflegekonferenz zur Behebung des sog. Pflegenotstandes tätig wird.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. nein Grüne Enth.</p>
51	SPD	<p>Kapitel 07 080 Titel 526 63 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 185 000 DM auf 3 410 000 DM</p> <p>Begründung: Reduzierung erfolgt zur haushaltsmäßigen Deckung der Aufstockung des Haushaltsansatzes für den Zuschuß an die Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen (Kapitel 07 020 Titel 684 10), für Zuschüsse an wissenschaftliche und bildungsfördernde Einrichtungen auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens (Kapitel 07 040 Titel 684 12) und der Zuschüsse für Prophylaxefachkräfte in Beratungsstellen (Kapitel 07 080 Titel 684 71).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. Grüne nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
52	Grüne	<p>Kapitel 07 080 TG 64 Titel 684 64 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 1 000 000 DM auf 7 575 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Erhöhung um 500 000 DM zur Finanzierung von Projekten im Rahmen des Programms "Prostitution und AIDS". Erhöhung um 500 000 DM zur Förderung ambulanter Betreuung für AIDS-Kranke. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Die zusätzlichen Finanzmittel sind notwendig, um die Arbeit der bestehenden Beratungsstellen auch für das kommende Jahr absichern zu können. Die Situation nach dem Auslaufen der AIDS-Modellprogramme im Bereich Betreuung und Pflege von AIDS-Kranken ist katastrophal. In NW sollen von den 48 Stellen des Modellprogramms "Ausbau ambulanter Hilfen für AIDS-Erkrankte" nur 7 übernommen werden. Um dem steigenden Bedarf wenigstens in Form eines Minimalprogramms zu begegnen, sind verstärkte Anstrengungen notwendig, die über die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel hinausgehen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
53	SPD	<p>Kapitel 07 080 Titel 684 64 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 50 000 DM auf 6 625 000 DM</p> <p>Begründung: Sachkosten für Verstärkung und Verstärkung der zielgruppenspezifischen AIDS-Prävention für die weiterhin hochgefährdete Gruppe der schwulen Männer, schwulen Jugendlichen und Drogengebraucher. Durch Zuweisung bereits zum Jahresbeginn soll bessere Planbarkeit und frühzeitige Einbeziehung der regionalen AIDS-Hilfen und relevanten Zielgruppen gewährleistet werden. Personalkostenförderung: wie bisher.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
54	CDU	<p>Kapitel 07 080 TG 71 Titel 684 71 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 5 000 000 DM auf 23 260 000 DM</p> <p>Begründung: "Therapie sofort" Ausweitung des bisherigen Versuchs - 3,5 Mio DM Verstärkung der Nachsorge - 1,5 Mio DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
55	SPD	<p>Kapitel 07 080 Titel 684 71 UT 2 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 80 000 DM auf 2 860 000 DM</p> <p>Begründung: Sachkosten und Begleitung eines Pilotprojekts "Präventionsinstitut Köln" (Personalkostenförderung wie bisher).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
56	SPD	<p>Kapitel 07 080 Titel 684 81 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 1 000 000 DM auf 4 447 000 DM</p> <p>Änderung der Erläuterungstabelle: "5. Gesundheitsförderung, Selbsthilfe, Sterbebegleitung und Sonstiges (Veranstaltungen, Kongresse)"</p> <p>Begründung: Förderung der Infrastruktur in den Regionen, z.B. in Form von Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen und Ansprechstellen für die Hospizbewegung.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
57	Grüne	<p>Kapitel 07 110 Titel 525 10 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 1 000 000 DM auf 1 085 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die Ausgaben der Titel 525 10, 525 11 und 525 12 sind gegenseitig deckungsfähig. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Die Aus- und Fortbildungssituation in der Gewerbeaufsicht entspricht in keiner Weise den hohen Anforderungen aufgrund der technologischen Entwicklungen und den in jüngerer Zeit erfolgten Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Auch im Bereich des Arbeitsschutzes sehen sich die Bediensteten der Gewerbeaufsicht oft Anforderungen gegenüber, denen sie mit den gegebenen qualifikatorischen Bedingungen kaum sachgerecht nachkommen können. Eine deutliche Erhöhung der Mittel zur Qualifikation ist dringend geboten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>

	Antrag (evtl. Begründung)	Antragsteller (Fraktionen)	Abstimmungsergebnis
58	<p>Kapitel 07 130 Titel 643 00 Erhöhung des Ansatzes um 8 000 000 DM auf 133 000 000 DM</p> <p>Begründung: Mehrbedarf für 1992 entsprechend den Berechnungen der Landschaftsverbände</p>	CDU	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne ja</p>
59	<p>Kapitel 07 510 Titel 971 20 Kürzung des Ansatzes um auf 110 000 000 DM 0 DM</p> <p>Begründung: Zentrale Gemeinschaftsunterkünfte (Sammelager) widersprechen dem Grundsatz einer menschenwürdigen Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden. Sie verstärken Ausgrenzung, Stigmatisierung und Diskriminierung von Flüchtlingen, erhöhen Sicherheitsrisiken, mindern die Chancen sozialer Integration und beständigen flüchtlingsfeindliche Stimmungen. Deshalb ist am Grundsatz der dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden festzuhalten. Die ursprünglich in Titel 971 20 veranschlagten Mittel werden daher umverteilt zugunsten der Einrichtung und Unterhaltung dezentraler Unterbringungsmöglichkeiten in Kapitel 07 060 TG 70 sowie sonstiger Aufgaben im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmeprogramms 1992.</p>	Grüne	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p>
60	<p>Kapitel 07 510 Titel 531 60 Erhöhung des Ansatzes um 90 000 DM auf 285 000 DM</p> <p>Begründung: Wiederherstellung des Ansatzes des Vorjahres wegen der besonderen Bedeutung des Schülerwettbewerb zur Herstellung eines gutnachbarlichen Verhältnisses zu den östlichen Nachbarvölkern.</p>	CDU	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. Grüne Enth.</p>

Kapital 07 050
Allgemeine Bewilligungen

Haushaltsstelle	FKZ Zweckbestimmung / Haushaltsvermerke / VE	Ansatz 1992		Ansatz 1991		1992 - 1991		Ist 1990 Plan. 1993		Plan. 1994		Plan. 1995	
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM

07 020 400 63 Titelgruppe 63

Förderung von Maßnahmen und
Initiativen zur Bekämpfung
der Ausländerfeindlichkeit

1. Bei den Titeln 526 63, 531 63, 541 63, 547 63, 653 63 und 685 63 dürfen Ausgaben in Höhe der Einsparungen bei Titel 694 63 geleistet werden.
2. Die bei Titel 684 63 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung darf auch zu Gunsten der Titel 526 63 bis 653 63 und 685 63 in Anspruch genommen werden.

Kapitel 07 040
Allgemeine Bewilligungen

Ansatz 1992 Ansatz 1991 + / - 1992 Ist 1990 Plan. 1993 Plan. 1994 Plan. 1995

Haushaltsstelle	FKZ	Zweckbestimmung / Haushaltsvermerke / VE	Ansatz 1992	Ansatz 1991	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
07 020	526 63	253 Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
07 020	531 63	253 Kosten der Drucklegung und Veröffentlichung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
07 020	541 63	253 Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
07 020	547 63	253 Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
07 020	653 63	253 Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
07 020	684 63	253 Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger Verpflichtungsermächtigung: 300.000 DM	1.000.000	0	0	+ 1.000.000	0	0	0	700	700	700
07 020	685 63	253 Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Träger	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Summe Titelgruppe 63

1.000.000	0	0	+ 1.000.000	0	0	700	700	700
-----------	---	---	-------------	---	---	-----	-----	-----

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags

- Anlage zu den Vorlagen
11/896, 11/897, 11/898 und
11/899 -

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1992

- Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales -
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
07 020 684 10	<p>Hinweis zu den einzelnen Titeln:</p> <p>Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.</p> <p><u>Allgemeine Bewilligungen</u></p> <p>Zuschuß an die Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen mbH</p> <p>(Haushaltsvermerk und VE unverändert)</p>	2.300.000	+ 80.000	2.380.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 020)				
TGr. 60	Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer			
684 60	<u>(Haushaltsvermerke unverändert)</u> Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen (VE unverändert)	12.770.000	+ 700.000	13.470.000
TGr. 63 (neu)	<u>Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit</u>			
	<u>Haushaltsvermerke:</u>			
	1. Bei den Titeln 526 63, 531 63, 541 63, 547 63, 653 63 und 685 63 dürfen Ausgaben in Höhe der Einsparungen bei Titel 684 63 geleistet werden.			
	2. Die bei Titel 684 63 veranschlagte Verpflichtungsmöglichkeit darf auch zugunsten der Titel 526 63 bis 653 63 und 685 63 in Anspruch genommen werden.			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 020) (TGr. 63)				
526 63	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	-	-	-
531 63	Kosten der Drucklegung und Ver- öffentlichung	-	-	-
541 63	Veranstaltungen und Informations- maßnahmen	-	-	-
547 63	Nicht aufteilbare Verwaltungs- ausgaben	-	-	-
653 63	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	-	-	-

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 020) (TGr. 63)	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger			
684 63	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 0 mehr : + 300.000 DM neu : 300.000 DM	-	+ 1.000.000	1.000.000
685 63	Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Träger	-	-	-
TGr. 72	<u>Ergänzende Förderung von Arbeits- beschaffungsmaßnahmen</u> (Haushaltsvermerke unverändert)			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 020) (TGr. 72)				
653 72	Zuweisungen an kommunale Träger <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 69.600.000 DM mehr : + 12.500.000 DM neu : 82.100.000 DM	69.503.000	+ 2.500.000	72.003.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
07 040	<u>Altenhilfe und soziale Hilfen</u>			
684 12	Zuschüsse an wissenschaftliche und bildungsfördernde Einrichtungen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens	525.000	+ 25.000	550.000
TGr. 93	<u>Landesaltenplan- Aus-, Fort - und Weiterbildung von Mitarbeitern in der Altenhilfe</u>			
	(Haushaltsvermerke unverändert)			
684 93	Zuschüsse an freie Träger. <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher : 19.200.000 DM weniger: - 483.000 DM neu : 18.717.000 DM	-	-	-

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
<u>07 050</u>	<u>Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen</u>			
632 00	Erstattung von Verwaltungskosten der Länder	60.000	+ 3.500	63.500
TGr. 60	Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe (Haushaltsvermerk unverändert)			
684 60	Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege (Haushaltsvermerk und VE unverändert)	51.878.000	+ 80.000	51.958.000
TGr. 61	Landesjugendplan (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 61	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe (Haushaltsvermerk und VE unverändert)	137.376.000	+ 820.000	138.196.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 050) (TGr. 61)				
	<u>Aufteilung der Ansatzänderungen:</u> Kurzbezeichnung			Änderungsbetrag in DM
Ut 1	Bildungsarbeit der Mitgliedsverbände des Rings Politischer Jugend (LJPI I/1)			+ 300.000
Ut 2	Bildungsarbeit der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände (LJPI I/2)			+ 200.000
	<u>- Änderung der Erläuterungen im Landesjugendplan (Beilage 3) - Die Zahl "40" wird durch die Zahl "45" ersetzt.</u>			
Ut 7	Internationale Begegnungen (LJPI I/10 a)			+ 400.000
Ut 8	Innerdeutsche Begegnungen (LJPI I/11 a)			- 480.000
Ut 9	Jugendpol. bedeutsame Veranstaltungen (LJPI I/12 a und 12 b)			+ 200.000
Ut 14	Betreuung in Jugendwohnheimen (LJPI III/1)			+ 200.000
Ut 15	Sozialpädagogische Hilfen (LJPI III/3)			- 500.000
Ut 16	Jugendferienmaßnahmen (LJPI IV/1)			+ 100.000
Ut 23	Planung und Leitung des Rings Politischer Jugend (LJPI VI/1)			+ 400.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 050)				
681 61	Ausgleich für den Verdienstausfall infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz (LJPl/1)	4.400.000	+ 180.000	4.580.000
	(VE unverändert)			
TGR. 62	Förderung des Jugendschutzes			
	(Haushaltsvermerk unverändert)			
684 62	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe	1.436.200	- 3.500	1.432.700
	(VE unverändert)			
	<u>Aufteilung der Ansatzänderungen:</u>			
	Kurzbezeichnung			Änderungsbetrag in DM
Ut 2	Institutionelle Förderung der für Jugendschutz		+ 25.000	
Ut 3	Förderung von Jugendschutzmaßnahmen		- 31.300	
Ut 5	Förderung der Personalkosten des Informations- und Dokumentationszentrums Psychokulte/Jugendsekten		+ 2.800	

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 050) TGr. 63	Förderung der erzieherischen Ju- gendhilfe (Haushaltsvermerk unverändert)			
653 63	Zuweisung an Träger der öffentli- chen Jugendhilfe (Die Kürzung ist beim Ut 1 i.H.v. 400.000 DM und beim Ut 5 i.H.v. 40.000 DM vorzunehmen.)	3.400.000	- 440.000	2.960.000
684 63	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe (VE unverändert)	8.600.000	- 640.000	7.960.000
TGr. 66	Veranstaltungen, Untersuchungen und Informationsmaßnahmen auf den Ge- bietten der Jugend- und Familienhil- fe sowie des soziales Ausbildungs- wesens (Haushaltsvermerke unverändert)			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 050) (TGr. 66)				
526 66	<u>Kosten für Sachverständige und Un- tersuchungsvorhaben</u> (VE unverändert)	625.000	- 50.000	575.000
TGr. 84	<u>Kosten der Erstellung des 6. Ju- gendberichtes</u> (Haushaltsvermerk unverändert)			
526 84	<u>Kosten für Sachverständige</u> (VE unverändert)	150.000	+ 50.000	200.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
07 070	<u>Krankenhausförderung</u>			
TGr. 62	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke der Krankenhäuser nach den §§ 21, 25, 26, 27 und 28 des Krankenhausgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KHG NW) (Haushaltsvermerk unverändert)			
684 62	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	40.000.000	- 3.220.000	36.780.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
07 080	<u>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</u>			
685 40	Zuschüsse für Werbemaßnahmen zur Gewinnung von Krankenpflegekräften Verpflichtungsermächtigungen: VE bisher 0 DM + 483.000 DM VE neu 483.000 DM fällig in 1993.	105.000	+ 470.200	575.200
TGr. 63	<u>Ergänzung der Erläuterungen:</u> Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Maßnahmen finanziert werden, die dazu dienen, das Berufsbild "Krankenschwester" oder "Krankenpfleger" in allen Fragen attraktiver zu gestalten. Maßnahmen auf dem Gebiet des epidemiologischen und allgemeinen medizinischen Gesundheitsschutzes (Haushaltsvermerke unverändert)			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 080) (TGr. 63)	526 63 Kosten für Sachverständige und Un- tersuchungsvorhaben (VE unverändert)	3.595.000	- 185.000	3.410.000
TGr. 64	Bekämpfung erworbener Immunitäts- schwäche (AIDS) (Haushaltsvermerke unverändert)	6.575.000	+ 50.000	6.625.000
684 64	Zuschüsse an freie Träger (VE unverändert)			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 080)				
TGr. 71	Bekämpfung der Suchtgefahren (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 71	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</u> (VE unverändert)	18.260.000	+ 80.000	18.340.000
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>Ut 2 (Prophylaxefachkräfte in Beratungsstellen)</u>			
	Ansatz bisher: 2.780.000 DM			
	+ : 80.000 DM			
	<u>Ansatz neu : 2.860.000 DM</u>			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
(07 080)				
TGr. 81	Gesundheitshilfe (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen (VE unverändert)	3.447.000	+ 1.000.000	4.447.000
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> Ut 5: Gesundheitsförderung, Selbst- hilfe, Sterbebegleitung und Sonstiges (Veranstaltungen, Kongresse)			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	neuer Ansatz DM
	<u>Abschluß Einzelplan 07</u>			
	Gesamteinnahmen	1.013.250.000	-	1.013.250.000
	Gesamtausgaben	6.553.294.600	+ 2.500.200	6.555.794.800
	Verpflichtungsermächtigung	1.919.297.000	+ 12.800.000	1.932.097.000